

# Voller Tapezierer u. Portefeuller Zeitung

Organ  
des Deutschen Voller Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brückenstraße 10 b<sup>III</sup>

Vertriebspreis: Zwei Markstücke Nr. 2120

Erscheint alle 3 Tage

## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst, und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Kriege galt die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt.

### Einig und geschlossen

sandte sie bei jeder Wahl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag etwas anderes. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einig und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesetzliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Deuten, die sich Kommunisten nennen und die geschäftsmäßig die Zermürbung und Zerschlagung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, fälschlich vom Klassenkampf geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stützen des Klassenkampfes auf dem Boden einer Radaußicht hinunter in dem Bestreben, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu vereteln. Oder ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Värmigenen aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesetzlichen Achtstundentag wieder bekommen sollen? Im Reichstag! Wo wird das

Arbeitsgerichtsgesetz, das Arbeitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsgesetzgebung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag!

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag! Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt, die der Dawes-Plan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag! Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt.

### Es geht um euer tägliches Brot.

Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Kinderironie geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Befehl hin nichts anderes als Helfershelfer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußfähigkeit des weiblichen Teils der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und ihr Gewerkschaftsmitglieder, ihr seid der Worttrupp. Laßt euch nicht einsperren von Schlagworten. Arbeit für die Partei ernster proletarischer Arbeit.

## Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung.

Es ist eine alte Klage der Unternehmer, daß sie durch die sozialen Fürsorgegesetze in unerträglicher Weise belastet würden. Ihnen wäre es zum größten Teil gleichgültig, was aus dem Arbeiter und Angestellten wird, der in Diensten und zum Vorteil des Unternehmers Gesundheit und Arbeitsfähigkeit geopfert hat.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 21 vom 8. November wird hierzu Stellung genommen, da heißt es: der sozialpolitische Aufwand der Wirtschaft ist ein Aufwand, den sie nahezu und ausschließlich für sich selbst macht. Sie erhält damit ihren unerheblichen Produktionsfaktor, die menschliche Arbeitskraft. Sie erspart damit Mehrbeträge an Löhnen, die sie verausgaben müßte, wenn die sozialpolitischen Vorkehrungen der Volksgemeinschaft fehlten, wenn der einzelne Arbeitnehmer sich für den Fall der Arbeitsunfähigkeit, der Arbeitslosigkeit usw. selbst durch eigene Vorkehrungen, also durch Rücklegen aus dem Arbeitseinkommen führen müßte. Diese Eigenschaft des sozialpolitischen Aufwandes der Wirtschaft als einer Hilfe für sich selbst, die andere und vielleicht größere Belastungen und steigende Schäden zu vermeiden ermöglicht, wird in der öffentlichen Erörterung sehr oft vergessen, und es hat gerade in letzter Zeit nicht an Einmienen gefehlt, welche die soziale Belastung der Wirtschaft gerade als einen ihr von außen auferlegten Fremdbelastung darzustellen. Das lenkt die Erörterung von vornherein in falsche Bahnen und muß zu unrichtigen Ergebnissen führen.

Noch schmerzlicher aber für den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung noch verhängnisvoller sind die Kräfte, die sich hinsichtlich der allernächsten Belastung der Wirtschaft durch die Sozialpolitik gerade in Veröffentlichungen der letzten Zeit gefunden haben. Mit einer Kränklichkeit, die Ersauern erregen muß, sind Jiffen behauptet, verbreitet und geglaubt worden, welche die Wirklichkeit um ein mehrfaches übersteigen. Man kann manche der beteiligten Verfassers von dem Vorwurf nicht freisprechen, daß sie die geringste Mühe gesehen haben, sich über die wirkliche Belastung an amtlicher Stelle zu unterrichten. Stattdessen sind auf Grund der unrichtigen Zahlen maßlose Angriffe gegen die amtliche Sozialpolitik erhoben worden. Nicht allein die amtliche Sozialpolitik hat das Recht zu verlangen, daß bei solchen Erörterungen von Tatsachen und nicht von Unterstellungen ausgegangen wird. Noch stärker ist daran die Wirtschaft interessiert, weil sie, die kaufmännisch rechnen muß, Anspruch auf klare und unabweisende Konten hat. Ein Meinungsstreit, der mit unzulässigen Ziffern und unzulässigen Argumenten geführt wird, muß die sozialen Gegensätze unerträglich verschärfen, die Arbeitsleistung herabsetzen, die Produktion vermindern, die Not aller Teile der Wirtschaft noch weiter steigern.

Der Unfallschutz, der betriebstechnisch erforderlich ist, ebensovienig die Betriebsärztliche Aufsicht, auch nicht die Aufwendungen für Kriegsbeschädigte und kriegshinterbliebene Witwen und Waisen, können als sozialpolitische Lasten angesehen werden. Es versteht sich von selbst, daß diese Lasten getragen werden müssen. Als Sozialversicherung kommt somit nur in Betracht: die Unfall-, die Angestellten-, die Invaliden- und die Krankenversicherung.

Das Reichsarbeitsblatt weist dann eingehend nach, daß die Behauptungen der Unternehmerpresse, die Gesamtbeiträge der Wirtschaft zur Sozialversicherung wären von 7,9 im Jahre 1914 auf 16,8 im Jahre 1924 gestiegen, völlig unrichtig sind.

Besonders Generaldirektor Pfaffel hat in der „Berl. Wirtsch.“ vom 21. Oktober 1924 diese falschen Zahlen sich zu eigen gemacht, und verlangt (im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft), daß Erparnisse gemacht werden. Er behauptet,

## Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

die Wirtschaft sei mit 4,3 Milliarden durch die Sozialversicherung belastet, während sie, wie nachgewiesen wird, nicht viel mehr als den vierten Teil der Summe beträgt, von welcher Dr. Wischhof ausgeht. Dann wird betont, es sei das Recht der deutschen Wirtschaft, die wirklichen Zahlen zu erfahren, und die unerlässliche Pflicht aller Beteiligten, begangene Irrtümer zu berichtigen und in Zukunft mit den Tatsachen zu rechnen.

Es wird dann im einzelnen nachgewiesen, daß die Entschädigungslast der Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung im Jahre 1924 nur 1/4 der Last des Jahres 1913 beträgt.

In der Angestelltenversicherung ist infolge der Herabsetzung der Monatsbeiträge die Last erheblich geringer geworden. Der Beitragsatz ist von 7 v. H. auf 4 v. H., stellenweise noch tiefer, herabgesetzt worden. Also auch hier eine Verminderung der Belastung.

Die Invalidenversicherung ist belastet durch die Aufnahme der Witwen und Waisen der Kriegsgesunkenen, durch die Invalidenrente an 65-jährige Arbeiter und infolge Steigerung der Invaliditätsgefahr infolge der ungünstigen Verhältnisse. Ferner durch die notwendig gewordene Aufbesserung der Bezugsätze. Die Beiträge für 1924 werden um circa 40 Millionen Reichsmark höher sein als im Jahre 1913. Die Zahl der Rentempfangler hat sich verdoppelt. Dieser Versicherungszweig ist jetzt auf dem reinen Umlageverfahren aufgebaut, ihr gleichmäßiger Vollzug im ganzen Reich ist durch Kostenausgleich gesichert. Diesem Kostenausgleich sei es zu verdanken, daß auch das Heilverfahren überall in vollem Umfange des Jahres 1921 wieder aufgenommen werden konnte.

In den unteren Lohnklassen wurden die Beiträge nur um ein geringes erhöht, dagegen mußten die höheren Lohnklassen mit Wochenlöhnen über 25 Mk. stärker herangezogen werden. Die Beitragsleistung hängt ab von der Gunst oder Ungunst des Arbeitsmarktes. Im Endergebnis sei die Wirtschaft jetzt aber auch nicht höher, sondern geringer belastet als 1913. Im allgemeinen beträgt die Zahl der Versicherten 16 Millionen.

In der Krankenversicherung liegen die Verhältnisse nicht so günstig. Die Inflation hat die Vermögen verschlungen, die Krankengeldern sind zurzeit sehr hoch, für 1924 wird mit einer Gesamteinnahme von 11 Millionen gerechnet, während 1913 138 und 1917 169 Millionen eingenommen wurden. Die Beitragslast ist also auch hier geringer, aber keinesfalls höher, trotzdem die Mitgliederzahl von 13,6 auf 15,6 Millionen gestiegen ist. Der Beitragsatz ist im Durchschnitt 6 v. H. und Berlin erhebt 7 v. H., während im Industriegebiet nur 5 v. H. erhoben werden, die für Arbeiter zu einem Drittel, der Arbeitgeber zu zwei Drittel aufbringt. Bei schlechter Konjunktur werden die Krankenkassen vermehrt in Anspruch genommen.

Zusammengefaßt und gegenübergestellt ergibt sich folgendes Bild der Soziallasten:

(in Millionen Reichsmark)

	1913 (für Kranken- versicherung 1914)				1924			
	insgesamt	Arbeitsnehmer	Arbeitgeber	Staat	insgesamt	Arbeitsnehmer	Arbeitgeber	Staat
Krankenversicherung	524	350	174	750	500	250	185	265
Invalidenversch.	200	145	145	165	185	185	185	185
Angestelltenversch.	188	60	60	110	55	55	55	55
Unfallversicherung	150	—	150	100	—	—	100	—
	1102	564	538	1290	720	570	570	570

Die Last aus der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung wird im Jahre 1924 voraussichtlich um 200 Millionen Mark höher sein; davon tragen die Versicherten 180, die Unternehmer 40. Die Steigerung beträgt 18 v. H., erreicht mithin auch nicht annähernd die allgemeine Teuerung, die 46 v. H. erreicht hat.

Es wird dann daran erinnert, daß die Wirtschaft sich dieses Opfer im wesentlichen selbst bringt. Die Sozialfürsorge ist zugleich Bestandteil des Lohnsystems geworden. Lohnparazwang, Mißverhältnis und öffentlich-rechtliche Verwaltung einbehaltener Lohnsätze, zweckmäßige Verwendung bei Eintritt des Versicherungsfalles. Sie ist ein unentbehrliches Mittel zur Sicherung von Lohn in Zeiten der Not.

Die Wirtschaft solle nicht vergessen, welches Mehr von Löhnen sie aufbringen müßte, wenn die Sozialversicherung fehle, und die Arbeiter sich durch eigene Sparsamkeit oder private Versicherung für die Fälle der Krankheit, Unfälle und Invalidität versichern müßten.

Nun, diese Notwendigkeit erkennt ja anscheinend auch der Führer der Unternehmerverbände, v. Borßig, an, nur will man möglichst billig bei den Leistungen wegkommen. Die ganze Sozialpolitik soll lediglich als prangendes Aushängeschild für die berühmte Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer gelten. Die

Leistungen sind bekanntlich schon immer so minimal gewesen, daß sie mit Recht als weiße Salbe bezeichnet wurden.

Um so verwirklicher ist der Ansturm der Unternehmerkreise zu bewerten, der mit fassenden unläuternden Waffen geführt wird. Die Unternehmer hatten vielleicht erwartet, daß die Inflation die Sozialgesetzte restlos hinwegjagen würde, die den meisten doch immer ein Dorn im Auge sein werden, weil ihnen das Verständnis für ihre Notwendigkeit fehlt. Sie haben sich verrechnet, denn, wie das Reichsarbeitsblatt berichtet, lebt sie und gesundet rascher als manche andere Einrichtung.

Die Erwerbslosenfürsorge ist ein besonderes Kapitel, da diese nicht ohne weiteres in die Sozialversicherung eingerechnet wird, obwohl feststeht, daß eine bestimmte Berührung mit der Krankenversicherung besteht, weil in Zeiten großer Erwerbslosigkeit erhaltungsgemäß die Krankenziffern sich enorm erhöhen. Aber auch über die Lasten der Erwerbslosenfürsorge sind falsche Behauptungen verbreitet worden. So ist der Gesamtaufwand der Wirtschaft für die Erwerbslosenfürsorge mit 3 v. H. des Lohnes in der Höhe einer Summe von 220 Millionen berechnet worden.

Das Reichsarbeitsblatt berichtet, daß der Arbeitslosenfürsorge etwa 15 Millionen Arbeiter angehören. Drei v. H. ihres Lohnes würden einen zwei bis dreimal höheren Betrag ergeben als den genannten. Tatsächlich sei der Beitrag viel geringer, weil 3 v. H. nur die obere Grenze des Beitrages darstelle. Die amtliche Stelle habe von vornherein nur mit 2 v. H. gerechnet. Es gebe allerdings noch Bezirke, namentlich im besetzten Gebiet, wo noch volle 3 v. H. des Grundlohnes erhoben werden. Dies sei allerdings eine Belastung der Wirtschaft, die für ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber Bezirken mit geringeren Beiträgen nachteilig sei. Gerade die Kreise, die über die 3 Proz. Belastung zittern, hätten sich der Bildung von Beitragsgemeinschaften widersetzt, durch welche überall dort, wo solche geschaffen wurden, der Beitrag herabgesetzt werden konnte. Es betragen in Bayern 2 v. H., in Baden 1,6, Thüringen 2 und Sachsen 2 v. H., im August. Inzwischen ist er weiter auf 1,5 v. H., 1 v. H. und in Berlin und Hamburg auf 0,5 v. H. herabgesetzt worden. Dann werden die falschen Zahlen berichtet, die vielfach in der Öffentlichkeit geäußert, Beunruhigung hervorgerufen haben. Und zuletzt betont, welchen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen die Erwerbslosenfürsorge zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft hat, weil der einzelne Arbeiter gegenüber den Schwankungen des Arbeitsmarktes mächtiger der Arbeitslosigkeit dasteht, und sich nicht selbst helfen kann, weil er auch beim besten Arbeitswillen außer Brot gesetzt wird. Wird er von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen, kann das für sich und seine Familie und ihre Arbeitskraft sehr bald verhängnisvoll werden.

Insgesamt stellt sich die Soziallast aus all den besprochenen Berichtsnummern auf die Summe von 1510 Millionen oder 1 1/2 Milliarden Reichsmark. Das ist kaum ein Drittel jener Summe, die zu agitatorischen Zwecken gegen die Sozialgesetzte in der Öffentlichkeit genannt worden sind.

Die soziale Belastung eines Sacharbeiters in Berlin wird mit 5,9 v. H. pro Woche beziffert, der des Arbeitgebers mit 5,0. Auf den landwirtschaftlichen Arbeiter kommt 5,4, auf den Arbeitgeber 5,0 v. H. des Wochenlohnes, während der Angestellte mit 6,4 v. H., sein Arbeitgeber mit 4,4 v. H. belastet ist.

In der deutschen „Arbeitsgeberzeitung“ Nr. 46 werden die Angaben des Reichsarbeitsministeriums, die als Nichtigstellung der falschen Angaben in der Presse veröffentlicht wurden, abermals als unrichtig hingestellt. Es liegt nun einmal in der Natur der Beauftragten der Unternehmer, alles was ihnen nicht behagt zu bestreiten.

### In Rheinland-Westfalen auf Agitation.

Rheinland und Westfalen haben schwere Tage hinter sich. Die Ruhrbesetzung hatte bekanntlich das ganze Wirtschaftsgebiet völlig abgekoppelt und jede freie Bewegung des Güterauslaufs und Abflusses verhindert, was wiederum die Produktion erdrosselte. Die Arbeitslosigkeit nahm einen erschreckenden Umfang an. Noch zurzeit sind in der Großindustrie viele Betriebe, Arbeitslose, die ein Jahr und darüber ohne jede Beschäftigung sind, vorhanden. Die Belegschaftszahl, die neben der Ruhrbesetzung noch ganz besonders zersetzend wirkte, war das Aufkommen der separatistischen Bewegung, die besonders in Düren und Aachen neben vielen anderen Menschenopfern und Sachschaden deprimierend auf die Bevölkerung wirkte und in ihrem wirtschaftlichen Ausfall besonders die Arbeiter traf.

Kein Wunder, wenn die Bevölkerung durch diese Zustände immer verzweifelter wurde und das Mißtrauen oft selbst zur eigenen Sache wuchs. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß auch die

Interessenlosigkeit bei den Arbeitern einsetzte und eine Gleichgültigkeit gegenüber ihren eigenen Verbänden und Interessenvertretungen zum Ausdruck kam.

Auch in unserem Verband und den Berufen, die bei uns ihre Interessenvertretung finden, sind die Verhältnisse, die Ruhrbesetzung, Separatistenbewegung und Inflation schufen, nicht ohne Einfluß geblieben. Und doch muß gesagt werden, daß trotzdem Orte, wie Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, um nur die größten zu nennen, sich hinsichtlich der Organisation gut gehalten haben. Natürlich machte sich der Niedergang in der Produktion, die bei den Autoherstellern, Treibriemenherstellern, Lederwarenherstellern und bei den Tapezierern genau so bemerkbar wie in den anderen Industrien.

In der Treibriemenindustrie war der Niedergang der Produktion besonders groß, und nicht nur im besetzten Gebiet. Während der Hochstuf der Geldentwertung, Ende 1923, hatten wir die Produktionsstörung im ganzen Reich, dann belebte sich die Produktion schon seit Monaten zusehends, während im Rheinland die volle Beschäftigung erst in den letzten Wochen einsetzte. Bekannt ist, daß die Orte Aachen, Köln, Duisburg, Düren, Mülheim, Ruhr, Bradme und einzelne kleine Orte in der Kleinenindustrie vorherrschend sind und Betriebe mit größerer Belegschaft haben. Natürlich ist das Interesse in den Branchenversammlungen der genannten Orte an den wiederum neu abgeschlossenen Tarifverträgen für die Treibriemen stark hervorgetreten. In fast allen Orten wurde anerkannt, daß die Arbeitszeitfrage eine befriedigende Lösung gefunden habe, berücksichtigt man, daß in der Großindustrie die 56- oder 60stündige Arbeitszeit in der Woche fast zur Regel geworden ist.

Gegen den Mißbrauch von Überstundenarbeit seitens der Arbeitgeber wurde auf die Tarifbestimmung hingewiesen, aber auch betont, daß die Arbeitnehmer die Pflicht haben, den Tarif zu beachten. Behaftet wurde die Frage der Lohnerböschung in den genannten Orten erörtert. Allgemein, mit wenigen Ausnahmen, wurde die Ansicht vertreten, daß betriebliche Lohnregelung bei den gelagerten örtlichen Verhältnissen für die Kasser die beste Lösung sei. Die erste Verhandlung, die wegen vorgerückter Zeit abgebrochen werden mußte, brachte keine Einigung, jedoch sollte am 18. November erneut über Löhne verhandelt werden. Entscheidend ist, daß dabei festgelegt wird, wie weit der Betrag sich erhöht und welche Orte darunter fallen. Im Allgemeinen liegt es, daß möglichst große Bezirke gebildet werden und die Löhne, die hinsichtlich der Stundenverdienste viel zu wünschen übrig lassen, den ziemlich teuren Lebensbedingungen angepaßt werden.

Neben den besonderen Versammlungen für die Treibriemenindustrie wurde eine intensive Kleinagitation unter den Kollegen und in den Betrieben veranstaltet. Der Erfolg war, daß in Mülheim-Ruhr die sehr zielmennegezeichnete Zahl der Organisierten wieder der Zahl der am Ort überhaupt Beschäftigten nahegebracht wurde. Zugleich nahmen rührige Kollegen die Leitung in die Hand, um die Jobstelle weiter auszubauen. Auch in Düren gelang es persönlicher Führungnahme, jene Kollegen, die auf Grund der eingangs erwähnten Verhältnisse dem Verband verloren gingen, wiederzugewinnen. Die Verwaltungsstelle wurde neu gegründet, und es wird Aufgabe der dortigen Kollegen sein, nun auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen.

Eine Kernfrage für uns und die in den einzelnen Branchen arbeitenden Kollegen und Kolleginnen war und ist: der Wiederaufbau unseres Verbandes. Zwar ist unsere Mitgliederzahl nicht wie in den großen Industrieverbänden heruntergegangen. Schon der Umstand, daß wir fast nur gelernte Sacharbeiter in unserem Verband organisiert haben, verhinderte die Massenentladung. Unser Mitgliederverlust ist mehr auf die Umstellung, die in der Produktion bei den einzelnen Branchen vor sich ging, zurückzuführen. Die Produktionsumstellung macht sich zurzeit am einflussreichsten in der Fahrzeugindustrie und in der Lederwarenindustrie bemerkbar.

Die Lederwarenindustrie stagniert seit einiger Zeit sehr stark, ja in verschiedenen Orten sind viele während der Inflation errichtete Betriebe wieder eingegangen. Auch in Rheinland-Westfalen ist das der Fall. Ein Teil der Betriebe in diesen Orten arbeitet vorläufig, in anderen Betrieben ist die Belegschaft erheblich reduziert. Auch bei den Tapezierern und im Fahrzeugbau hat die Arbeitslosigkeit erst vor kurzem wieder eingesetzt. Tüchtige Polsterer konnten zeitweise nicht genügend vermittelt werden; freilich trifft das nur auf einen Teil der Orte zu. Die schlechte Arbeitslosigkeit trug also wesentlich dazu bei, daß die Zahl der Organisierten zurückging.

Durch die eingangs geschilderten Verhältnisse steht noch so mancher Kollege dem Verband interesselos gegenüber. Diese Säuglinge machzurufen und dem Verbände wieder zuzuführen, ist ja der Zweck jeder Agitation. Zu einem gut Teil ist dies gelungen, freilich gibt es noch sehr viel zu tun. So ist Wierßen mit

seiner ausgedehnten Stapelmöbelindustrie ein Gebiet, das beachtet werden muß.

Auch in Aachen liegen bei den Tapezieren die Verhältnisse im Argen. Der einzige Ort, der sich separatistisch anfränteln hat lassen. Aber auch hier wird und muß Breiße geleistet werden. Andererseits wurden an anderen Orten neue Mitglieder dem Verband zugeführt. Durch die Rührigkeit der Kollegen in Essen gelang es, 29 Mitglieder an einem Tage zu gewinnen, was es geht aufwärts!

Neben dem Aufbau, der sich stetig vollzieht, sind die Fragen des inneren Ausbaues der Organisation von ausschlaggebender Bedeutung.

Dem neben den rein organisatorisch-technischen Fragen innerhalb unserer Organisation steht das Problem der Umstellung in der Produktion. Auch in unseren Branchen bricht sich die Spezialisierung und Detaillierung in der Herstellung und Bearbeitung immer mehr Bahn. Bei Einführung der sogenannten stabilen Währung ist der Konkurrenzkampf, bedingt durch die kapitalistische Produktionsweise, wieder stark in den Vordergrund getreten. Während des Krieges und der Inflation war eine Uebersicht über die Produktionsverhältnisse nicht möglich. Jetzt, wo fast jeder Betrieb auf Rationalisierung drängt, zeigt sich, wie verheerend die letzten Jahre in der Produktion gewüthet haben. Besonders in der Affordarbeit wurde viel gesündigt, die häufigen Anfragen, wie die Arbeitsverhältnisse in dieser oder jener Branche gelagert sind, beweisen, daß hier in alternativer Zeit über Arbeitsmethode, Stücklöhne, u. dgl. mehr Material gesammelt und dann zweckmäßig Verwendung finden muß. Dieses Thema hat in den großen Orten in den Versammlungen stark interessiert.

Ferner wurde betont, daß ein freigestellter Dauteller hier unbedingt wieder notwendig sei, um all die erörterten Fragen durch seine persönliche Mitwirkung in der Praxis zu verwirklichen. Aber auch jeder Kollege tue seine Pflicht.

Unsere Organisation in Rheinland-Westfalen hat standgehalten; Kollegen, baut sie weiter aus. Ein gutes Beispiel ist die Zahlstelle Bielefeld, die am 1. und 2. November ihr 25jähriges Bestehen feierte, 500 Kollegen am Ort, gut organisiert und in sich geschlossen. — F. G. —

### Ein Beitrag zur Neutralität der freien Gewerkschaften.

Am 7. Dezember finden die Reichstagswahlen statt, so hat es die deutsche Reichsregierung verfügt. Angeblich (und das wird auch in dem Auflösungsdekret des Reichspräsidenten ausgesprochen), weil keine tragfähige Mehrheit im aufgelösten Parlament vorhanden war, zur Durchführung der Dawes-Besche. Das Sachverständigen-Gutachten selbst hat ja das Doan-geordnete Parlament noch unter Dach und Fach gebracht, auch die Auslieferung der Reichseisenbahnen an das Inland- sowie Auslandskapital ist ja zu einer Tatsache geworden. Trotzdem bleiben die Probleme sehr viele übrig, und hier spielt ja die Frage der Klassenverteilung eine der Hauptrollen. Der alte Reichstag war in seiner Zusammenlegung angeblich nicht in der Lage, diese Fragen zu lösen. Ich glaube konstatieren zu müssen, daß das wohl nicht der alleinige Grund der Auflösung gewesen ist, sondern der Kampf um die Ministerliste hat wohl dabei eine sehr erhebliche Rolle gespielt. Es ist natürlich sehr verständlich, daß alle diese Fragen und ganz besonders die große Schicksalsfrage des deutschen Volkes, die Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens, mit im Vordergrund des Wahlkampfes steht. Aber geradezu unverständlich ist die Haltung der freien Gewerkschaften in diesem Wahlkampf. Jetzt, glaubt man, ist der Zeitpunkt gekommen, um auch die Wüste der politischen Neutralität fallen zu lassen. In den gewerkschaftlichen Organen und auch in den Mitgleider-Verksammlungen macht man ganz offen Stimmung für die große sozialistische Partei, für die Sozialdemokratie. Alle Kolleginnen und Kollegen haben ihre Stimme am 7. Dezember nur der Sozialdemokratie gegeben. Auch die Zeitung unserer Organisation glaubt hier nicht hinterzusperrten zu dürfen, sondern tritt mit in diesen Weltkampf ein. In dem Artikel der Nr. 38: „Wo steht du?“ wird dem einzelnen klar gemacht, daß nur die große sozialistische Partei gewählt werden darf, während man in Nr. 37 in den Mitteln „Zur Frage der Erwerbslosenfürsorge“ und „Heimarbeiterinnen, wie müßt ihr wählen?“ schon offener sein Gesicht zeigt und hier ganz deutlich auspricht, daß nur die Sozialdemokratie die alleinigmachende Partei ist. Wenn ich mich nun ganz entschieden dagegen wende, so absolut nicht aus dem Grunde, daß diese Artikel erschienen sind, trotzdem zu ihrer ganzen Tendenz vieles zu sagen wäre, sondern nur deshalb, weil man ganz einseitig für die große sozialistische Partei Stellung nimmt, die viel an Vertrauen in den letzten Jahren bei der Arbeiterchaft eingebüßt hat. Das bedeutet aber weiterhin die Aufgabe eines Gedankens, den man glaubt immer in den Vordergrund stellen zu müssen: die Hochhaltung der

politischen Neutralität der Gewerkschaften. Wir Kommunisten haben schon von jeder den Standpunkt vertreten, daß politische sowie wirtschaftliche Fragen absolut nicht zu trennen sind und daß auch die Gewerkschaften sich mit Politik beschäftigen müssen. Das ist ja immer bestritten worden; aber jetzt, wo vieles für die SPD. auf dem Spiele steht, demastiert man sich und zeigt sein wahres Gesicht. Ich fühle mich darum veranlaßt, auch für die kommunistische Partei eine Range zu brechen. Und es bedarf nur der Aufrollung der einen Frage, „Sechs Jahre demokratische Republik — und wo sind die Segnungen für die Arbeiterschaft?“ Klassenjustiz, Abbau aller sozialen Rechte, Arbeitszeitverlängerung, Lohnreduzierung und Arbeitslosigkeit: das sind nur einige von den vielen Auswüchsen und Mißständen in dieser freiesten aller Republiken, und das alles unter Mithilfe der Sozialdemokratie. Auch dieser ungenommene Dawes-Pakt wird absolut nicht eine Gesundung der deutschen Wirtschaft und damit eine Hebung und Besserung der Lage der Arbeiterchaft bringen, sondern das Gegenteil wird eintreten. Bereits jetzt, wenn auch nicht in voller Auswirkung (dieses wird erst später in Erscheinung treten), zeigen sich die verheerenden Folgen dieses Dawes-Planes für die deutsche sowie für die internationale Arbeiterchaft. Bereits überall in sämtlichen Industriestaaten und besonders in England

### Der Jugend ins Stammbuch.

Die Jungen:  
Wir bitten dich, Alter, um deinen Rat,  
Wie man's im Leben zu halten hat.

Der Alte:  
Was euch nicht schmeichelt,  
Wollt ihr nicht hören,  
Was euch nicht frummt,  
Will ich nicht lehren,  
Es ist am besten,  
Euch nicht zu hören.

Die Jungen:  
Wir bitten dennoch, zeige uns an,  
Wie man das Ziel erreichen kann.

Der Alte:  
Nun wohl!  
Sich bemühen in Liebe und Haß,  
Zu befehlen ohne Was und Jaß,  
Der Worte wenig, der Arbeit viel,  
Das führt aus Ziel.

Peter Kolesger.

macht sich der Widerstand gegen diesen Plan bemerkbar. Denn die Gesundung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft soll nur auf Kosten der Arbeiterchaft durchgeführt werden. Darum, Kolleginnen und Kollegen, könnt ihr auch nicht anders entscheiden, als der Partei eure Stimme zu geben, welche von Anfang an sich der Annahme dieses Sachverständigen-Gutachtens widersetzt und auch den Widerstand dagegen organisiert hat, und das ist die kommunistische Partei. Darum am 7. Dezember alle eure Stimmen der kommunistischen Partei Deutschlands, Fröhlich.

### Neutralität?

Der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller ist auf Grund der Beschlüsse der Verbands-tage von Halle und Offenbach sowie infolge seiner Vorläufer und ihrer historischen Herkunft ein Glied der Kette, die den DGB. bildet. Die Tendenz der Politik dieses Bundes wird im allgemeinen von der großen Mehrheit der Verbandsmitglieder gebilligt und entspricht auch der Auffassung der Verbandsleitung wie der Schriftleitung des Verbandsorgans. Trotzdem ist von diesen Stellen aus politisch anders gerichteten Verbandsmitgliedern bisher nichts in den Weg gelegt worden, ebsonn vielfach Veranlassung dazu gegeben war. Das wird einstweilen nicht bestritten werden können, ohne daß man auch nur in Betracht zieht, was sich in anderen Verbänden in dieser Frage ausgeprägt hat.

Als Mitglied des DGB. ist der Verband selbstverständlich verpflichtet, sich den Beschlüssen dieser Körperschaft so lange unterzuordnen, solange diese Mitgliedschaft besteht. Dazu gehört auch die Veröffentlichung der Publikationen dieser Stellen im Verbandsorgan. Im Verbandsorgan ist stets und ständig für die Idee des Sozialismus Propaganda gemacht worden. In dieser Hinsicht ist keine Verdrückung möglich, da kaum auch von Neutralität gegenüber anderen Welt- und Lebensanschauungen keine Rede sein.

Eine Frage für sich ist die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, nach dieser Richtung hin haben wir bisher weitgehende Toleranz und Neutralität beobachtet. Die gegenwärtige politische Situation ist

aber so beschaffen, daß es im Interesse der großen Masse des lohnarbeitenden Volkes dringend notwendig erscheint, endlich mit der Selbstzerstückelung in den eigenen Reihen Schluss zu machen.

Nur eine starke, machtvolle Arbeitervertretung in den gesetzgebenden Körperlichkeiten des Reiches und der Länder kann eine arbeitserfindliche, das ganze Volk schützende Politik nach außen wie im Innern verhindern. Die Gefahren, die ein Sieg der Rechtsparteien heraufbeschwären würde, sind riesengroß. Sie sind in diesen Blättern schon oft genug beleuchtet worden, so daß jeder unserer Leser, selbst wenn er keine Tageszeitung liest, einigermaßen darüber im Bilde sein kann, um was es geht.

Die Folgen der Interesselosigkeit und der illusorischen Einstellung bei den Reichstagswahlen im Mai haben wir doch genügend kennen gelernt, um zu erkennen, daß bei der Wahl am 7. Dezember jede Stimmzettelzerstückelung vermieden werden muß. An der deutschen Arbeiterchaft muß sich endlich die Erkenntnis durchdringen, daß nur eine ungeheure Stärkung der sozialistischen Partei die reaktionären Pläne der Rechtsparteien zunichtemachen kann.

Wer nicht will, daß den Kernsten unseres Volkes neue, tiefere Wunden geschnitten werden, der muß am 7. Dezember sozialistisch wählen, auch dann, wenn er im Herzen kommunistisch fühlt. Auf die Politik, die von der kommunistischen Partei betrieben wird, kann hier nicht eingegangen werden; nur so viel sei gesagt: sie hat den Rechtsparteien genügt und nicht den Arbeiterklassen.

Mag auch an der Politik, die von der Sozialdemokratischen Partei unter dem Zwange der Verhältnisse betrieben wurde, manches ansehbar sein, so steht doch fest, daß ihre Ziele tiefstehend sind, die auch von der kommunistischen Partei erstrebt werden, wenn auch mit anderen Mitteln.

Noch bei den Reichstagswahlen ist das nicht das Entscheidende. Maßgebend muß sein, daß der neue Reichstag eine arbeitserfindliche Mehrheit erhält, die entschlossen ist, die Lasten des Staates nicht den schwachen Schultern aufzupacken, sondern den starken, wirklich tragfähigen Schultern der wohlhabenden Klassen.

Im Rahmen der Verfassung des heutigen Staatsgebüdes kann eine Regierung, die fest entschlossen ist, eine gerechte Politik zu machen, unendlich viel dazu beitragen, daß die Lage der lohnarbeitenden Klassen eine wesentlich bessere wird.

Die Pflicht der Selbstzerstückelung gebietet daher am 7. Dezember jedem Arbeiter, sofort und klar zu prüfen, wenn er keine Stimme geben darf. Das Selbstinteresse des einzelnen deckt sich mit dem Gesamtinteresse seiner Klassenangehörigen. Dies aber kann nur wirksam wahrgenommen werden durch eine starke, mächtige Arbeiterpartei, die über geistig hochstehende, rührige Vertreter in den Parlamenten verfügt.

Jeder Arbeiterwähler kann sich leicht klar machen, auch wenn er zu einer kommunistischen Weltanschauung neigt, daß ihm auch durch die schärfste und schmerzhafteste Opposition keine Vorteile erwachsen sind. Im Gegenteil: gerade dadurch sind sehr oft die Widerstände, selbst gegen selbstverständliche Reformen, erst wachgeworden und verstärkt worden. Mit der Tröstung, daß in Bälde durch eine Weltrevolution paradisielhche Zustände geschaffen werden könnten, kann sich doch kein vernünftiger Mensch abfinden lassen.

Nur eine regierungsfähige sozialistische Partei, die eine genaueste Stimmennacht auf sich vereinigt, bietet Gewähr, daß die heutigen Zustände grundlegend geändert werden.

Diese Voraussetzung muß geschaffen werden. Deshalb keine Zersplitterung der Stimmen am 7. Dezember! Stimmt für die große sozialistische Partei: das ist die Pflicht der Selbstzerstückelung!

### Die Schweiz ist noch immer für Portefeuller gesperrt.

Die Sperrung der Schweiz für Portefeuller ist in diesem Blatte in den verflochtenen zwei Jahren wiederholt in Erinnerung gebracht worden, trotzdem kamen zwei Diefenbacher Mitglieder der Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes nach der Schweiz, um bei der Firma Lederwarenfabrik Gimmel in Arbon am Bodensee in Arbeit zu treten und da Sperrbruch zu begehen. Darüber zur Rede gestellt, brauchten sie alle möglichen lauten Ausreden, wie die Sperrung sei nicht veröffentlicht worden; sie hätten keine Kenntnis davon gehabt, oder sie müßten doch Arbeit haben usw. Um etwaigen unzuverlässigen und unsolidarischen Kollegen derartige unsichthafte Verwände unmöglich zu machen, stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß in diesem und keinem andern Arbeiterblatte je erklärt worden sei, die Sperrung der Schweiz sei aufgehoben und erneuert hiermit die Fortdauer der Sperrung, die bestehen bleibt, bis sie der Schweizerische Gewerkschafts- und Lederarbeiterverband aufheben wird.

Der Konflikt bei Gimmel in Arbon, weswegen die Sperre über die ganze Schweiz verhängt werden mußte, bezieht aus folgenden Gründen: Mit der Firma, die früher Reher u. Gimmel hieß, bestand ein ansehnlicher Tarifvertrag, der dann nach Eintritt der großen Wirtschaftskrise von der Firma gekündigt wurde, die zugleich den Abschluß eines neuen Vertrages ablehnte. Unsere Kollegen hatten aber einen Gesamtarbeitsvertrag mit der Firma Gimmel für notwendig und es hat daher unser Verband wiederholt Entwürfe zu einem Arbeitsvertrag eingereicht und auch bezügliche Verhandlungen darüber herbeizuführen gesucht, die aber von Gimmel schroff abgelehnt wurden. Schriftlich ist von dem Manne keine Zeile Antwort zu bekommen und dem persönlich erscheinenden Verbandssekretär weist er in brüster, beleidigender Weise ab. Herr Gimmel ist ein millionenreicher Lederwarenfabrikant und Gerbereibesitzer, dabei in sozialer Beziehung rückständig und ein Fabrikdespot ohne alle modernen „Anwandelungen“.

Vor zwei Jahren bemühte er sich, in Wien einen Spezialisten für seine Lederwarenfabrik zu gewinnen, was ihm auch gelang. Aber der Kollege war ein gutes Mitglied unseres österreichischen Bruderverbandes, und so erklärte er, erst dann nach Arbon kommen zu wollen, wenn die Sperre des schweizerischen Verbandes über die Firma aufgehoben, also unsere Forderung nach Abschluß eines Tarifvertrages erfüllt sei. Da aber Herr Gimmel darauf nicht einging, blieb der Kollege in Wien und sollte wir gerne auch an dieser Stelle seiner Solidarität und Verbandsstreue alle Anerkennung.

Nun fuhr Herr Gimmel wieder nach Wien und suchte sogar den Sekretär unseres österreichischen Bruderverbandes, Gen. Klarer auf, während er in der Schweiz selbst mit seinem Gewerkschaftssekretär unterhandeln will — um von ihm die Zustimmung der Schweizerreise des schon so lange engagierten Wiener Spezialisten zu erhalten. Aber Gen. Klarer rief dem sozial rückständigen schweizerischen Fabrikdespoten nach, daß in Oesterreich in der gesamten Industrie die Arbeits- und Lohnverhältnisse durch Tarifverträge geregelt sind und daß er sich daher ebenfalls zum Abschluß eines solchen mit dem schweizerischen Verbande entschließen sollte, dann werde die Sperre über seine Fabrik aufgehoben werden und könne er endlich seinen so heiß ersehnten Wiener Spezialisten haben. Von Gen. Klarer über alle diese Verhandlungen unterrichtet, machten wir einen neuerlichen Versuch zu einem Vertragsabschlusse mit Gimmel, aber seiner schönen alten Gewohnheit gemäß antwortete er nicht einmal auf die bezügliche Eingabe.

Die organisierte Arbeiterschaft der Firma Gimmel gibt aber ihre Forderung nach der Schaffung eines Tarifvertrages nicht auf und nun dürfen junge unsozialistische Büchse aus Offenbach kommen und uns den jahrelangen Kampf mit Gimmel durch ihren Sperrereis durchsetzen! Ein wahres Vergnügen für Gimmel, der nun mit Hohn und Spott von unserm Verband sprechen kann. Aber die Offenbacher Sperrereisere müssen wieder fort und es darf keiner mehr in die Schweiz kommen. Durch die internationalen proletarische Solidarität muß die Gewerkschaft auch dem Arboner Fabrikdespoten Vernunft und modernes Handeln beibringen.

**Num. d. Red.:** Hier sehen wir wieder die Folgen der Unterlassungssünden, die wir schon so oft gerügt haben. Man soll sich vor Arbeitsaufnahme an fremden Orten bei der zuständigen Verbandsleitung erkundigen, ob dem nichts im Wege steht.

**Arbeiterklub und Sozialdemokratie.**

Daß der Arbeiterklub dem mittelbaren und unmittelbaren Einfluß der Sozialdemokratie zu danken ist, hat selbst Bismarck zugegeben. Der Ausspruch in seiner Antwort auf eine Rede Ignaz Auer's im Reichstage am 26. November 1884: „Wenn wir keine Sozialdemokratie hätten und wenn sich niemand vor ihr fürchten würde, hätten wir überhaupt keine Sozialpolitik!“ dürfte wohl auch Liniengelehrten als Beweis gelten.

Aber nicht nur der Arbeiterklub, wie er auf dem Papier steht, ist auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen, auch seine Durchführung ist zu einem erheblichen Grade die Auswirkung sozialdemokratischen Einflusses auf die Politik.

Einen deutlichen Beweis hierfür liefert das Verhalten der Regierungen und ihrer ausführenden Organe zu der gewerkschaftlichen Forderung: zur Kontrolle der Betriebe auf die praktische Anwendung der Arbeiterschutzvorschriften Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Organe der Gewerbe- und Handelsaufsicht heranzuziehen.

Bis auf einige Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen in einigen Bundesstaaten, und bis auf die berühmten Sicherheitsmänner im preussischen Bergbau war vor dem Kriege die amtliche Gewerbeaufsicht nahezu ausschließliches Arbeitsgebiet akademisch vor-

gebildeter Beamten. Bei den weiblichen Beamten verzichtete man freilich aus begrifflichen Gründen auf die akademische Vorbildung. Aber auch hier waren Herkommen und höhere Töchterausbildung fast ausnahmslos wichtige Maßstäbe für die Beurteilung der Eignung und ausschlaggebend für die Anstellung.

Erst nach der Revolution wurde die Forderung erfüllt, Männer und Frauen aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen als Kontrollorgane der Gewerbe- und Handelsaufsicht anzustellen.

Die aus diesen Kreisen stammenden Persönlichkeiten haben mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie sind ausnahmslos nicht mit offenen Armen von der Gewerbeaufsicht aufgenommen worden. Offen und verdeckt wird ihnen im Gegenteil die Ausübung ihres Amtes erschwert.

Die Bemühungen, den aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammenden Kontrollorganen der Gewerbeaufsicht eine der Bedeutung ihrer Aufgabe entsprechende Stellung zu schaffen, stoßen vor allen Dingen in Preußen auf größte Schwierigkeiten. Trotz wiederholter Versuche der sozialdemokratischen Fraktion und auch der Gewerkschaften aller Richtungen, eine bessere Eingruppierung in finanzieller und sachlicher Beziehung zu schaffen, ist wesentliches bisher nicht erreicht worden. Im wohlwollenden Versprechungen hat es zwar nicht gefehlt; nur sind die Versprechungen bisher nicht in die Tat umgesetzt worden.

Ohne Zweifel trägt hierzu der Umstand bei, daß bei den Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum des Preussischen Landtages sämtliche bürgerlichen Parteien sich ablehnend verhalten haben. Wortführerin war stets und einzig und allein die Sozialdemokratische Partei. Selbst der Versuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, über die Hirsch-Dunckerschen und Christlichen Gewerkschaften auf die bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen auf das Zentrum und die Demokraten einzuwirken, hatte nicht den gewünschten Erfolg. Die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen hervorgegangenen nichtbeamteten Kräfte der Gewerbeaufsicht gehören fast ausnahmslos einer Gehaltsgruppe an (der Gruppe VI), die für die Art der Arbeit keine ausreichende Bezahlung bietet. Verschiedene Männer und Frauen haben aus diesem Grunde schon ihren Posten wieder verlassen, bzw. ihn nicht angetreten, nachdem sie die Gehaltsbedingungen erfahren haben.

Trotzdem wird die Forderung der Gewerkschaften nicht erfüllt, die von der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages nach Kräften unterstützt worden ist, die seit Jahren von preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe in Aussicht gestellte Prüfungsordnung fertigzustellen bzw. zur Anwendung zu bringen, die den nichtbeamteten Kräften der Gewerbeaufsicht eine Aufstiegsmöglichkeit und damit eine finanziell und sachlich günstigere Stellung gibt.

Im letzten Jahre wurden Schwierigkeiten anscheinend in höherem Maße vom Finanzministerium gemacht als vom Handelsministerium. Die Ursache aber für die Tatsache, daß die aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen stammenden Kräfte der Gewerbeaufsicht in Preußen schlecht gestellt sind, ist in der Ablehnung gegen diese Kräfte zu suchen, die nur der Not gehorchend überhaupt angestellt worden sind.

Erst der durch die Revolution gewonnene Einfluß der Sozialdemokratie auf die Verwaltung des Reichs und der Länder hat auch die Forderung erfüllt, Arbeiter und Angestellte als Kontrollorgane der Gewerbeaufsicht heranzuziehen. Wie auf allen Gebieten, zeigt sich auch hier das Bestreben, die Forderung nur soweit zu erfüllen, wie dies von der Sozialdemokratie erzwungen werden kann.

Der Ausgang der Wahlen am 7. Dezember wird deshalb auch der Maßstab sein, wie weit in der Zukunft bei der Durchführung des Arbeiter- und Angestelltenklubes Gewerkschaftsforderungen berücksichtigt werden. Diese Geweßheit wird zweifellos beitragen, die Haltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 7. Dezember zu bestimmen.

Gertrud Hanna.

**Moderne Justiz.**

Wegen angeblicher Verteilung zum Meineid war der Vorhänge Defekte und der Geschäftsführer Frachert unserer Leipziger Verwaltungsstelle am 26. resp. 27. September verhaftet worden. Am 7. November hat nun die Verhandlung vor dem Schöffengericht in Leipzig stattgefunden. Die „Volkszeitung“ berichtet darüber folgendes:

„Die Verhandlung entrollte ein eigenartiges Bild von Unternehmerpraktiken. Die Kofferfabrik Waage u. Eichwald in B.-Paunsdorf führte seit langem einen erbitterten Kampf gegen den dortigen Betriebsrat. Um endlich die Abfertigung des Betriebsrats beim Arbeitsgericht durchsetzen zu können, wendete die Firma die verschiedensten Mittel an. Selber zeigten sich auch drei Arbeiterinnen den Unternehmern gegenüber so, wie man es von organisierten Arbeiterinnen, auch wenn sie Kommunistinnen sind, nicht erwarten sollte. Dieses Verhalten gab der Ortsverwaltung des Sattlerverbandes Veranlassung, die Arbeiterin Dpich zu einer Sitzung zu laden. Hier wurde sie aufgefordert, zu erklären, was sie dem Unternehmer gegenüber gegen den Betriebsrat gesagt habe. In dieser Sitzung habe die D. erklärt, daß sie nur vor Gericht aufsaue. Da die D. wiederholt dem Unternehmer Kosten getragen habe, wurde ihr mit dem Ausschluss gedroht. Der Ausschluss wurde jedoch nicht ausgesprochen, sondern von ihrem weiteren Verhalten abhängig gemacht. Der Angeklagte Frachert hatte nun in einem Schreiben an die D. einen Satz gebraucht, aus dem man eine Verteilung zum Meineid konstruieren wollte. Das Schreiben hat die D. dem Unternehmer vorgelegt und dieser hat darauf Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Auf die übrigen Verhältnisse in dem Unternehmen einzugehen soll an dieser Stelle unterbleiben. Es soll nur noch erwähnt sein, daß gegen die Firma ein Meineidsverfahren eingeleitet ist, was aber eingestellt werden sollte, wegen dem Justizministerium Beschwerde erhoben worden ist. Es wird im Interesse des Sattler- und Portefeulierverbandes liegen, die Deffektivität weiterhin von den Zuständen bei der Firma Waage u. Eichwald zu unterrichten.“

Der politische Staatsanwalt Burdiger ließ gegen Defekte die Anklage fallen, während er in dem Schreiben Fracherts an die Dpich den Beweis der Verteilung zum Meineid für erbracht sah. Deshalb beantragte er gegen Frachert ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sah die Sachen, wie sie in der Verhandlung zum Ausdruck kam, mit andern Augen an und sprach die beiden Angeklagten frei. Wir haben bisher vergeblich auf einen Bericht aus Leipzig gewartet, auch die Akten sind uns noch nicht zugegangen. Sobald diese vorliegen behalten wir uns vor, auf diesen Justizakt zurückzukommen.

**Cohnbewegungen und Streiks.**

Altenstein. Differenzen Tapezierer. Zugum melden. Eifenach. Hier stehen seit 15. November 46 Mitglieder der Dglwerte im Streik zur Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Barcl 1. Oibenberg. Die Ausperrung dauert noch an. Zugum ist fernzuhalten.

Laubberg a. d. W. Die Lederarbeiter bei der Firma May Koberstein streiken. Haltet Zugum fern!

**Verbandsnachrichten.**

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 1. bis 7. Dezember ist der 49. Wochenbeitrag fällig.

Mit der letzten Zeitung wurde den Verwaltungen stellen die Broschüre zugestellt mit dem Artikel aus dem Reichsarbeitsblatt über die wirkliche Belastung der deutschen Wirtschaft durch die Sozialversicherung. Zur eingehenden Information den Funktionären bringen wir empfohlen.

Im auch der Gesamtmitgliedschaft den wesentlichen Inhalt dieses Artikels zugänglich zu machen, bringen wir in vorliegender Nummer einen Auszug aus dem genannten Artikel, den wir besonderer Beachtung empfehlen.

Die Berichtsorte für November muß ausgefüllt und eingeleitet werden. Stichtag war der 20. Nov.

**Stadt Treibriemenfabrik**

Die nachweislich in Treibriemenfabriken gearbeitet haben und mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut sind, von Treibriemenfabrik in niederholländischer Großstadt gesucht. Offerten mit 903 an die Exp. d. Btg.



**G. Brudlacher, Werkzeugfabrik,**  
Berlin S., Oranienstraße 43.